

Gehaltserhöhung wegen „persönlicher Finanzkrise“

Egal, was passiert, es gibt Risiken für die Anleger. Oder noch schlimmer: für den Steuerzahler. Letzterer soll nun neben der doppelten Finanzierung notleidender (Ost-)Engagements unserer Banken (direkte Finanzmittel aus Steuergeld, die nicht einmal zur Kreditvergabe verwendet werden und ungerechtfertigten Spannen bei der Zinsgebarung) auch die Zeche für Spekulationen der Bundesfinanzierungsagentur (ÖBFA) bezahlen.

Verzockt. Es drängt sich der Vergleich mit einem Arbeitnehmer auf, der seinen Arbeitslohn im Spielcasino verzockt und aufgrund einer persönlichen „Finanzkrise“ eine Gehaltserhöhung beim Arbeitgeber einfordert. Darf in diesem Fall der Arbeitgeber Mutmaßungen über die gesundheitliche Verfassung seines Angestellten anstellen, so gibt sich die Bundesregierung im vergleichbaren Fall selbst eine Legitimation (Mehrwertsteuererhöhung, Sozialversicherungsbeiträge auf Mieteinkünfte, Vermögensteuer usw.).

Man muss sich das vorstellen: Der Bund investiert im August 2007 laut eigenen Angaben 10,78 Milliarden in sogenannte Asset Backed Securities (ABS)-Produkte und be-

gründet Verluste mit „globalen Auswirkungen der Finanzkrise“. Irgendwie erinnert diese Argumentation an die Rechtfertigung einer Reihe von Verantwortlichen in diversen Finanzskandalen.

Bei ABS handelt es sich um ein Produkt, das die US-Regierung zur Finanzierung des Wohnbaus und Förderung eines Sekundärmarktes für Hypothekarkredite geschaffen hatte. Diese Entwicklung geht auf den Zusammenbruch des Immobilienmarktes während der Depression und eine Kongress-Entscheidung von 1934 zurück. Vereinfacht ausgedrückt, garantierte damals die Government National Mortgage Association für die Wertpapiere privater Unternehmen und Körperschaften, die ihre Hypotheken zu einem Pool zusammenfassten und diese als Sicherheit für Wertpapiere bereitstellten. Im Wesentlichen werden damit illiquide Hypotheken in „liquide“ Wertpapiere transformiert, die von der US-Regierung indossiert werden.

Abgesehen davon, dass für diese Garantien hohe Garantierung Fees bezahlt werden, bestehen für Gläubiger derartiger Papiere zwei immanente Risiken: Ein Zahlungsverzugsrisiko und ein Ausfallsrisiko. Sofern diese Ri-

siken nicht weise abgesichert sind (Garantien, zusätzliche Sicherheiten etc.), verbleibt ein latentes Risiko, wie es bei einer typischen Forderungsabtretung besteht, da die (illiquiden) Vermögenswerte letztlich nur in das Rechtskleid eines Wertpapiers gemäntelt wurden, um überhaupt handelbar zu sein. Tatsächlich teilen sie das Schicksal der dahinterstehenden Vermögenswerte. Letztlich handelt es sich (nur) um die Monetarisierung von Risikoaktiva, weshalb derartige Strukturen in Österreich

IHRE MEINUNG AN: ISABELL WIDEK

isabell.widek@wirtschaftsblatt.at

von (Investment-)Fonds kaum darstellbar sind. Die ABS-Finanzierung erfolgt daher vorzugsweise über ausländische Special Purpose Vehicles-Strukturen.

Wenn nun behauptet wird, dass in den vergangenen Jahren Zinsergebnisse von 28 Millionen p. a. erzielt wurden, dann ist (hoffentlich) zu unterstellen, dass die Verzinsungsabrede (infolge des hohen Risikos) über einem gewöhnlichen Marktzinssatz liegt. Einen Kapitalverlust von 616,9 Millionen € an Steuergeld rechtfertigt diese Vor-

gangsweise in keinsten Weise, mit dem gleichen Argument hätte man argentinische Staatsanleihen kaufen können. Eine kurzzeitig (hohe) Zinsertragsphase wird durch den Verlust des gesamten Kapitaleinsatzes substituiert.

Risikoreich. Im Rahmen des nächsten Steuerbelastungspakets darf der Steuerzahler seine Steuerzahlungen bis zur Pensionierung als abgezinsten Forderungen der Regierung in einen Sicherheitenpool einbringen, der in Wertpapieren verbrieft ist, die sodann am Kapitalmarkt gehandelt werden. Arbeitslosigkeit, Kündigungsrisiko und Privatkonkurs inklusive. Die Garantien übernimmt die Regierung (Stichwort Beschäftigungsprogramme). Zwischenzeitig kann der Steuerzahler mit den solcherart freien Finanzmitteln einträglicheren Geschäften am Kapitalmarkt nachgehen. Vermeiden sollte er nur den Erwerb von Wertpapieren, die die eigenen Schulden gegenüber dem Bund verbiefen.



MANFRED BIEGLER
Partner 7TC
Wirtschaftsprüfungs- und SteuerberatungsgesmbH